



05. Dezember 2019

## **EL SALVADOR: NACH DEM BESUCH DER INTERAMERIKANISCHEN MENSCHENRECHTSKOMMISSION MUSS DIE REGIERUNG WICHTIGE VERÄNDERUNGEN VORNEHMEN, UM DIE MENSCHENRECHTE ZU GEWÄHRLEISTEN**

Pressemitteilung

Die Regierung von Präsident Nayib Bukele muss den Empfehlungen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (IACHR) folgen und wichtige Veränderungen vornehmen, um die Menschenrechtssituation in El Salvador zu verbessern, sagte Amnesty International heute. Die Organisation hat den ersten Besuch der IACHR in El Salvador seit 32 Jahren interessiert verfolgt.

„Nach dem Besuch der Interamerikanischen Menschenrechtskommission hat die Regierung von Präsident Bukele die Gelegenheit, ihre Empfehlungen zu akzeptieren und wichtige Veränderungen vorzunehmen, um die Menschenrechte für das gesamte Volk von El Salvador zu gewährleisten. Die neue Regierung muss ihr Engagement für die Menschenrechte unter Beweis stellen, indem sie Worte in Taten umsetzt und politische Richtlinien formuliert und umsetzt“, sagte Erika Guevara-Rosas, Direktorin für Amerika bei Amnesty International.

"Die Zustimmung der Regierung zum Besuch der IACHR war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir hoffen, dass dies von einer festen Selbstverpflichtung begleitet wird, das über den Besuch hinausgeht und sich in einer sichtbaren Verbesserung des Lebens des salvadorianischen Volkes widerspiegelt. Nationale Organisationen haben solide und innovative Vorschläge zur Verbesserung der Menschenrechtssituation im Land. Die Behörden müssen Wege aufbauen, um ihre Beteiligung zu fördern und sicherzustellen, dass ihre wertvollen Beiträge berücksichtigt werden".

Die Agenda des Besuchs der IACHR vor Ort umfasste fünf Schlüsselthemen: öffentliche Sicherheit, Übergangsjustiz, die Rechte von Menschen unter Freiheitsentzug, die Rechte von MigrantInnen, Frauenrechte und die Rechte von LGBTI-Personen. Die IACHR traf während ihres Besuchs mit staatlichen Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben eine Reihe von Menschenrechtsproblemen angesprochen. Insbesondere wiesen sie die IACHR darauf hin, dass die Möglichkeiten für Partizipation und Dialog zwischen Organisationen und staatlichen Institutionen erhalten und verstärkt werden müssen.

Im Bereich der öffentlichen Sicherheit kritisierten die Organisationen, dass sie den Inhalt des "Territorialen Kontrollplans", der die nationale Sicherheitspolitik des Landes festlegt, nicht kennen. Sie äußerten sich besorgt über anhaltende repressive Maßnahmen und die Militarisierung der öffentlichen Sicherheit.



Im Rahmen der Diskussion über den Gesetzentwurf, der Auswirkungen auf den Zugang zur Justiz für die Opfer des bewaffneten Konflikts in El Salvador haben könnte und der gegenwärtig der Politik-Kommission des Parlamentes vorliegt, sagten die Opfer und Überlebenden schwerer Menschenrechtsverletzungen, dass ihre Stimmen gehört werden müssen, um die Einhaltung der völkerrechtlichen Anforderungen in dieser Angelegenheit sicherzustellen. Sie betonten, wie wichtig es ist, den nationalen Behörden und Opfern Zugang zu den Informationen in Regierungsarchiven, einschließlich der Militärarchive, die die Jahre des Konflikts abdecken, zu gewähren. Sie forderten ferner, dass Daten über Verbrechen gegenüber dem Völkerrecht zur Verfügung gestellt werden, die während des bewaffneten Konflikts begangen wurden, und über alle Verdächtigen in diesen Fällen.

Die Organisationen verurteilten auch Verstöße gegen die Rechte von Frauen und LGBTI-Personen und forderten die IACHR auf zu vermitteln, um sicherzustellen, dass die Regierungspolitik die Menschenrechte dieser Bevölkerungsgruppen garantiert. In diesem Zusammenhang waren das absolute Abtreibungsverbot, die Kriminalisierung von Frauen bei Fehlgeburten und geburtshilflichen Notfällen sowie wiederholt berichtete Fälle von Hassverbrechen gegenüber LGBTI-Personen von besonderer Bedeutung.

Angehörige von MigrantInnen, die während der Migration starben oder verschwanden, wiesen auf die große Bedeutung spezifischer Rechtsvorschriften in Übereinstimmung mit den internationalen Normen hin, um die Suche nach und die Identifizierung von Verschwundenen sowie die Entwicklung einer forensischen Datenbank über vermisste MigrantInnen zu gewährleisten.

Ein Vor-Ort-Besuch ist der wichtigste offizielle Besuch, den die IACHR als Ganzes (mit sieben KommissarInnen, SonderberichterstatterInnen und dem Generalsekretär) in einem Mitgliedstaat der Organisation Amerikanischer Staaten durchführen kann. Er dient dazu, um eine detaillierte Bewertung der allgemeinen Menschenrechtssituation in dem ihrer Gerichtsbarkeit unterstehenden Gebiet vorzunehmen. Dieser Besuch fand auf Einladung der Regierung statt.

#### **Weitere Informationen:**

##### **[El Salvador: Präsident Bukele verspricht, die Menschenrechte zu respektieren](#)**

Pressemitteilung, 24. Juni 2019

##### **[El Salvador: Memorandum an den Präsidenten](#)**

Erste Menschenrechtsempfehlungen an die neue Regierung

AI-Index: AMR 29/0546/2019, 24. Juni 2019

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original:

**El Salvador: After IACHR's visit, the government must make major changes to guarantee human rights**

**<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/12/el-salvador-cidh-gobierno-debe-garantizar-derechos-humanos/>**

